Stand: 17.11.2025 07:31:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4500

"Gesundheitswirtschaft - Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/4500 vom 27.11.2014
- 2. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 27.11.2014
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5297 des WI vom 05.02.2015
- 4. Beschluss des Plenums 17/5447 vom 26.02.2015
- 5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.11.2014 Drucksache 17/4500

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- die langfristige finanzielle F\u00f6rderung der bayerischen Kur- und Heilb\u00e4der sicherzustellen und
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bedeutung der Kur- und Heilbäder beim Entwurf eines Präventionsgesetzes als Anbieter von präventiven Gesundheitsleistungen besser berücksichtigt wird.

Begründung:

Gesundheitsförderung und Prävention sind wichtige Aspekte einer modernen Gesundheitsversorgung und einer bürgernahen Gesundheitspolitik. Die bayerischen Kur- und Heilbäder stellen eine bewährte Struktur für regionale, wissenschaftlich anerkannte Heilmittel und effektive Kurangebote dar. Dass jede vierte touristische Übernachtung in einem Heilbad oder Kurort stattfindet, zeigt, dass den Menschen ihre Gesundheit wichtig ist. Die Streichorgien im Präventionsbereich in der Vergangenheit haben auch der bayerischen Gesundheitswirtschaft und dem Präventionsgedanken massiv geschadet.

Die finanzielle Situation der Kur- und Heilbäder ist zunehmend kritisch. Die von den Krankenkassen genehmigten und finanzierten ambulanten Vorsorgeleistungen sind stark rückläufig, der Wettbewerb mit dem europäischen Ausland nimmt zu. Vor diesem Hintergrund ist die Finanzierung der bayerischen Kur- und Heilbäder langfristig sicherzustellen. Kurzfristige und zeitlich befristete Förderungen wie das "Förderprogramm für Maßnahmen zur Steigerung der medizinischen Qualität in den bayerischen Kurorten und Heilbädern", das Ende 2014 ausläuft, sind nicht ausreichend, denn sie lassen nicht einmal eine mittelfristige Planung zu.

nen Jahren vorbildlich gezeigt, wie man gegen schwarze Kassen, gegen Korruption und Untreue in Unternehmen effektiv vorgeht. Gegen die schuldhaft handelnden Personen wurden Strafverfahren geführt. Gegen die Unternehmen wurden Geldbußen von über 1 Milliarde Euro nach dem Ordnungswidrigkeitenrecht verhängt und dabei vor allem zu Unrecht vereinnahmte Gewinne abgeschöpft. Wir haben ein effektives Instrumentarium. Man sollte sich aber genau überlegen, ob man mit der Einführung eines Unternehmensstrafrechts in Deutschland die Büchse der Pandora öffnet.

Herr Kollege Schindler, Sie haben mich mit Ihren Ausführungen durchaus bestätigt. Auch ich sehe die Gefahr, dass es selbst bei Betrugs- und Untreue-Taten mit mehrstelligen Millionenschäden nicht mehr zu individuellen Strafverfolgungen kommt, weil es in der Tat komplexe Vorgänge sind und sich scheinbar die Möglichkeit eines leichteren Weges der Strafverfolgung von Unternehmen ergibt, wenn wir ein solches Verbandsstrafrecht einführen würden. Aber das wäre der falsche Weg.

Am Ende bleibt es bei einer Einstellung gegen Zahlung in Milliardenhöhe aus der Unternehmenskasse. Das heißt, die schuldhaften Täter kämen davon, das handlungs- und schuldunfähige Unternehmen würde bestraft. Damit werden vor allem Unbeteiligte bestraft, die die Normverletzung nicht begangen haben und nicht verhindern konnten. Liebe Genossen von der SPD, damit meine ich natürlich nicht in erster Linie die Aktionäre und ihre ausbleibenden Dividenden, sondern vielmehr werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Verbraucher betroffen sein; denn sie müssen am Ende durch einen Lohnverzicht oder durch Preissteigerungen die Zeche zahlen. Schlimmstenfalls führt es zur Aufhebung oder Liquidation eines Unternehmens, wenn man den Weg zu einem Verbandsstrafrecht weitergeht. Das heißt, die Arbeitnehmer wären letztlich die Betroffenen.

Das Unternehmensstrafrecht ist ein absolutes No-Go. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts wäre ein Verfassungsbruch und wird deshalb von der Bayerischen Staatsregierung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, damit dieser rechtsstaatliche Irrläufer nicht ins Bundesgesetzblatt kommt. Sollte einmal ein Vorschlag wie der von Nordrhein-Westfalen mehrheitsfähig werden - auch das kann ich bereits ankündigen -, werden wir diesen Vorschlag sehr genau in den Blick nehmen und prüfen, ob wir dann gegebenenfalls mit einem abstrakten Normenkontrollverfahren beim Bundesverfassungsgericht dagegen vorgehen. Der Gang nach Karlsruhe wäre dann eine echte Option. Gott sei Dank sind wir im Vorfeld nicht in einer solchen Situation. Ich hoffe nicht, dass sie eintritt. Wir werden auf jeden Fall alles tun, was uns möglich ist, um diesen Irrweg so schnell wie möglich aus der Diskussion zu verdrängen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/4471 betreffend "Geltendes Recht konsequent anwenden und fortentwickeln – Gegen die Einführung eines Unternehmensstrafrechts" seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte! – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4472 bis 17/4475, 17/4477 und 17/4478 sowie die Drucksachen 17/4498 bis 17/4501 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt.

Da ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Erreichung der Klimaschutzziele durch Reduktion der Kohleverstromung", Drucksache 17/4470. Mit Ja haben 61, mit Nein haben 73 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: eine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Da ist ferner der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Klimaziele erreichen durch Erneuerbare Energien – Dezentrale Energiewende statt (Kohle-)Stromtrassen", Drucksache 17/4497. Mit Ja haben 12, mit Nein haben 122 Abgeordnete gestimmt; Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

05.02.2015 Drucksache 17/5297

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/4500

Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Nummer 1 wie folgt gefasst wird:

"1. zu prüfen, wie die langfristige finanzielle Förderung der bayerischen Kur- und Heilbäder si chergestellt werden kann und"

Berichterstatter: Johann Häusler Mitberichterstatter: Klaus Holetschek

II. Bericht:

- Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, der Ausschuss für Gesundheit und Pflege und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 24. Sitzung am 4. Dezember 2014 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

- Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 20. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
- 4. Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 19. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
- Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner
 Sitzung am 5. Februar 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Martin Stümpfig

Stellvertretender Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.02.2015 Drucksache 17/5447

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/4500, 17/5297

Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern!

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- 1. zu prüfen, wie die langfristige finanzielle Förderung der bayerischen Kur- und Heilbäder sichergestellt werden kann und
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bedeutung der Kur- und Heilbäder beim Entwurf eines Präventionsgesetzes als Anbieter von präventiven Gesundheitsleistungen besser berücksichtigt wird.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummer 18, die einzeln beraten werden soll, und die Listennummer 23, die im Einvernehmen der Fraktionen abgesetzt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dienstfahrzeuge für die Bayerische Eich- und Beschussverwaltung Drs. 17/2519, 17/5151 (A) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Master-Plätze ausbauen – Hürden zwischen Bachelor und Master abbauen! Drs. 17/2548, 17/5231 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| A | | | Z |

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

| 3. | Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Erwin Huber, Klaus Stöttner u.a. CSU Nachhaltige und dauerhafte Finanzierung von Kurorten und Heilbädern sicherstellen Drs. 17/2783, 17/5152 (E) | | | |
|----|--|--|-----------------------------|---------------|
| | Votum des federführe Staatshaushalt und Fi | nden Ausschusses für nanzfragen | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | | | | |
| 4. | | ınd Fraktion (BÜNDNI) n nach Bulgarien ausse | S 90/DIE GRÜNEN) | |
| | Votum des federführe Verfassung, Recht un | nden Ausschusses für d Parlamentsfragen | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | A | Z | ENTH | |
| 5. | Suchtprävention bei J Datengrundlage für di Drs. 17/3655, 17/5331 | PD ne stark machen – ges ugendlichen – e Arbeit vor Ort schaffe | undheitliche Vorsorge en | verbessern I: |
| | Gesundheit und Pfleg | | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | Z | | | |

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

| 6. | Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der eu | eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling - solidarisch handeln – 4 (A) | spolitik 1: | |
|----|--|---|--------------|--------|
| | Votum des mitberater | FREIE WÄHLER gem nden Ausschusses für angelegenheiten sowie | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | A | | | |
| 7. | Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et | eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling äisches Asylsystem (G 5 (A) | spolitik 2: | |
| | Votum des federführe Verfassung, Recht un | nden Ausschusses für d Parlamentsfragen | | |
| | csu | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | A | | | |
| 8. | Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der et | eten Hans-Ulrich Pfaffr uropäischen Flüchtling Quotenregelung gerec 5 (A) | spolitik 3: | pacher |
| | Votum des federführe Verfassung, Recht un | nden Ausschusses für d Parlamentsfragen | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
| | A | | | |
| | | | | |

Anlage 1
zur 38. Vollsitzung am 26. Februar 2015

| 9. | Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Markus Rinderspacher, Inge Aures u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 4: Fluchtursachen bekämpfen, Entwicklungshilfe verstärken Drs. 17/4068, 17/5327 (A) | | | | |
|-----|---|-----------------------------------|--------------|-----|--|
| | Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 GeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen | | | | |
| | csu | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ | |
| | A | | | Z | |
| 10. | Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures, Volkmar Halbleib u.a. SPD Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik 5: Gesamteuropäisches Einwanderungs- und Integrationskonzept erarbeiten Drs. 17/4069, 17/5328 (A) | | | | |
| | Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen | | | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ | |
| | A | | | Z | |
| 11. | Antrag der Abgeordnet Joachim Unterländer u Probleme in der Pflege Drs. 17/4170, 17/5332 | i.a. CSU e beheben – Überprüfu | | | |
| | Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege | | | | |
| | CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ | |
| | | | | | |

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU) Europäische Bankenabgabe Drs. 17/4177, 17/5292 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | Z | Z |

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Berechtigte Ansprüche ehemaliger Heimkinder erfüllen – Laufzeit des Fonds Heimerziehung verlängern und Fondsmittel bedarfsorientiert aufstocken Drs. 17/4180, 17/5177 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| A | | | Z |

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)

Regelungen für die Beitragsberechnung der europäischen Bankenabgabe überarbeiten

Drs. 17/4192, 17/5293 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | | Z |

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bankenabgabe für Sparkassen- und Genossenschaftsbanken verhindern Drs. 17/4193, 17/5294 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | | Z |

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Konzept für eine Informationsstelle gegen Flucht und Vertreibung in Prag Drs. 17/4316, 17/5178 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|------|
| | Z | Z | ENTH |

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Betäubung von Schweinen mit Helium Drs. 17/4317, 17/5141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| Z | Z | 团 | Z |

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration in den Herkunftsländern Drs. 17/4319, 17/5302 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Volkmar Halbleib, Annette Karl u.a. SPD
 Sozialen Wohnungsbau in den Kommunen fördern Drs. 17/4322, 17/5180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|------|
| A | | ENTH | ENTH |

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD

Die Realschulen nicht alleine lassen – kleinere Klassen, mehr guten Ganztag, mehr Förderung für gymnasial geeignete Schülerinnen und Schüler Drs. 17/4442, 17/5215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| A | | ENTH | Z |

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. und Fraktion (SPD)

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen Drs. 17/4455, 17/5329 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| A | | Z | Z |

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. und Fraktion (CSU) Plattform Gesundheitswirtschaft Drs. 17/4475, 17/5295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | | Z |

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zum Reformbedarf des bayerischen Petitionswesens Drs. 17/4477, 17/5330 (ENTH)

Der Antrag wird im Einvernehmen mit den Fraktionen abgesetzt

 Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Reinhold Strobl u.a. SPD Novembersteuerschätzung 2014 und Auswirkungen auf den Staatshaushalt 2015/2016 Drs. 17/4488, 17/5150 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | Z | Z |

| 25. | Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, |
|-----|--|
| | Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) |
| | Gesundheitswirtschaft – Prävention verbessern und Kur- und Heilbäder mehr fördern! |
| | Drs. 17/4500, 17/5297 (E) |

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| Z | Z | | Z |

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung der interfraktionellen Resolution zur Aufarbeitung der Situation ehemaliger Heimkinder in Bayern und zur Umsetzung des Fonds Heimerziehung auf Bundesebene Drs. 17/4508, 17/5181 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | Z | | Z |

27. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU Fonds Heimerziehung in der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1975 Drs. 17/4605, 17/5183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| Z | Z | | Z |

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD) Informationen über die Sekte "Zwölf Stämme" weitergeben! Drs. 17/2553, 17/5298

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD Bodensee-Schifffahrts-Ordnung (BSO) Drs. 17/3189, 17/5158

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bildungsgutscheine für die Meisterausbildung Drs. 17/3293, 17/5162

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Hände weg vom § 13a Einkommensteuergesetz – vereinfachte Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen erhalten
 Drs. 17/3716, 17/5147 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD Berichtsantrag zur Breitbandversorgung von Schulen in Bayern Drs. 17/4324, 17/5163

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine restriktiven Vorgaben für die Testphase zur Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums Drs. 17/5028, 17/5165

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Abgrenzung der FFH-Meldungen bürger- und kommunalfreundlicher gestalten – Mehr Zeit für aufwändige Recherche Drs. 17/5033, 17/5194

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Informationsmaterialien zur "Mittelstufe Plus" zur Verfügung stellen Drs. 17/5202, 17/5291

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

der den Antrag für erledigt erklärt hat

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) ÖPNV-Förderung: Ländlichen Raum und Mittelstand nicht benachteiligen Drs. 17/4473, 17/5245 (E) [X]

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | SPD | FREIE WÄHLER | GRÜ |
|-----|-----|--------------|-----|
| | | Z | Z |